



Niederschrift

Finanzausschuss

20. Wahlperiode – 43. Sitzung

am Donnerstag, dem 9. November 2023, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Lars Harms (SSW), Vorsitzender

Michel Deckmann (CDU)

Hauke Hansen (CDU)

Rixa Kleinschmit (CDU)

Ole-Christopher Plambeck (CDU)

Rasmus Vöge (CDU)

Oliver Brandt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beate Raudies (SPD)

Sophia Schiebe (SPD), in Vertretung von Birgit Herdejürgen

Annabell Krämer (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Sturmflutschäden in Schleswig-Holstein/Soforthilfe, hier: Zustimmung des Finanzausschusses zu einer außerplanmäßigen Ausgabe	5
	Vorlage des Wirtschaftsministeriums Umdruck 20/2236	
2.	Antrag auf Mittelumsetzung von nicht benötigten Notkreditmitteln innerhalb des Einzelplans 10 und Umsetzung von Haushaltsmitteln aus dem Einzelplan 11 zur Bewältigung des Fluchtgeschehens gemäß § 8 Absatz 20 Haushaltsgesetz 2023	8
	Vorlage des Sozialministeriums Umdruck 20/2243	
3.	Vertrauen und Akzeptanz stärken – Entwicklung des Digitalen Euro konstruktiv begleiten	9
	Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 20/1466	
4.	Information/Kennntnisnahme	10
	Umdruck 20/2235 – Bericht über die Strategie der Zinssicherung	
5.	Verschiedenes	11
6.	Information zur Ausbildung von Triebfahrzeugführern im Rahmen der Vergabe Marschbahn	12
	Vertrauliche Vorlage des Verkehrsministeriums Vertraulicher Umdruck 20/2234	
	(nicht öffentlich und vertraulich gemäß Artikel 23 Absatz 3 Satz 3 Landesverfassung in Verbindung mit § 17 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 der Geschäftsordnung)	
7.	Verkehrsvertrag AKN: Verlängerung und Expresszug	13
	Vertrauliche Vorlage des Verkehrsministeriums Vertraulicher Umdruck 20/2237	
	(nicht öffentlich und vertraulich gemäß Artikel 23 Absatz 3 Satz 3 Landesverfassung in Verbindung mit § 17 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 der Geschäftsordnung)	
8.	Vergabe von SPNV-Leistungen im Netz OSTA Mecklenburg-Vorpommern/Hamburg/Schleswig-Holstein	14
	Vertrauliche Vorlage des Verkehrsministeriums Vertraulicher Umdruck 20/2238	

(nicht öffentlich und vertraulich gemäß Artikel 23 Absatz 3 Satz 3
Landesverfassung in Verbindung mit § 17 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 der
Geschäftsordnung)

**9. Vereinbarung über die Vorhaltung von Fahrzeugen des Typs LINT 41 für den
SPNV in Schleswig-Holstein** **15**

Vertrauliche Vorlage des Verkehrsministeriums
Vertraulicher Umdruck 20/2239

(nicht öffentlich und vertraulich gemäß Artikel 23 Absatz 3 Satz 3
Landesverfassung in Verbindung mit § 17 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 der
Geschäftsordnung)

Der Vorsitzende, Abgeordneter Harms, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einstimmig beschließt der Ausschuss, [Umdruck 20/2234](#) (Marschbahn), [Umdruck 20/2237](#) (AKN), [Umdruck 20/2238](#) (Netz OSTA) und [Umdruck 20/2239](#) (Schienenfahrzeuge) im Sinne des § 17 Absatz 2 der Geschäftsordnung vertraulich zu behandeln und die Inhalte geheim zu halten.

**1. Sturmflutschäden in Schleswig-Holstein/Soforthilfe,
hier: Zustimmung des Finanzausschusses zu einer außerplan-
mäßigen Ausgabe**

Vorlage des Wirtschaftsministeriums
[Umdruck 20/2236](#)

Herr von der Heide, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, führt in die Vorlage ein. Die Investitionsbank erhalte für die Bewirtschaftung eine Verwaltungskostenerstattung von maximal 2 Millionen Euro.

Abgeordnete Raudies kritisiert, dass die Landesregierung den Betroffenen nur mit Darlehen helfe, anstatt sie tatsächlich unbürokratisch und schnell mit Zuschüssen zu unterstützen – die über die Kommunalverwaltungen ausgezahlt werden könnten –, dass die IB.SH eine Verwaltungskostenerstattung von 2 Millionen Euro erhalte und die Deckung der Ausgaben durch Entnahme aus der Rücklage Bevölkerungsschutz erfolgen solle.

Staatsekretär von der Heide betont, dass die Investitionsbank ein guter und bewährter Partner für die Programmabwicklung sei und die genannte Zahl von 2 Millionen Euro ein Höchstbetrag sei, der mit der Investitionsbank noch nicht vereinbart worden sei. Er rechne damit, dass es im November 2023 die ersten Auszahlungen geben werde.

Herr Rabe, Staatssekretär im Finanzministerium, teilt mit, die Landesregierung beabsichtige, dem Landtag einen Nachtragshaushalt zur Beschlussfassung in der Dezembertagung zuzuleiten, mit dem die entnommenen Mittel der Rücklage für den Bevölkerungsschutz wieder zugeführt werden sollten. Die Abwicklungskosten von bis zu 2 Millionen Euro sollten über eine außerplanmäßige Ausgabe finanziert werden.

Auch Abgeordnete Krämer kritisiert, dass die Investitionsbank zehn Prozent des Darlehensprogramms von 20 Millionen Euro als Abwicklungskosten erstattet bekomme. Sie beantragt, die Entscheidung des Finanzausschusses um eine Woche zu verschieben, bis die entsprechende Richtlinie vorliege.

Die Abgeordneten Plambeck und Brandt lehnen eine Verschiebung ab, um den Betroffenen möglichst schnell helfen zu können.

Auch Staatssekretär von der Heide betont, man wolle den Betroffenen möglichst schnell helfen. Die Antragstellung über die Hausbank sei ein etabliertes Verfahren.

Auf weitere Fragen aus dem Ausschuss weist Herr Krompholz, Mitarbeiter im Wirtschaftsministerium, darauf hin, dass man die Programmdetails derzeit mit der Investitionsbank abstimme. Beabsichtigt sei, dass die Investitionsbank pro Fall eine Verwaltungskostenpauschale von 2.000 Euro erhalte. Selbstverständlich werde wie bei anderen Programmen auch das Kostendeckungsprinzip eingehalten. Eine Richtlinie werde es nicht geben; die Eckwerte des Darlehensprogramms würden so schnell wie möglich fertiggestellt. Er gehe davon aus, dass im November 2023 die ersten Auszahlungen realisiert würden. Eine Bedürftigkeitsprüfung finde nicht statt; jeder Betroffene könne die Hilfe in Anspruch nehmen.

Auf weitere Fragen aus dem Ausschuss erwidert Staatssekretär von der Heide, eine Fallpauschale von 2.000 Euro sei eine marktübliche Gebühr. Bei der Beantragung des Darlehens müsse die Betroffenheit nachgewiesen werden. Nach Abschluss des Programms werde die Investitionsbank eine Stichprobenprüfung der bewilligten Darlehen vornehmen.

Abgeordnete Krämer äußert, wenn der Finanzausschuss bereits heute seine Zustimmung erteile, wolle sie in der nächsten Ausschusssitzung wissen, wie viele Darlehensanträge bereits gestellt worden seien beziehungsweise wann die ersten Anträge gestellt werden könnten.

Abgeordnete Raudies problematisiert noch einmal die vorgesehene Deckung der Mehrausgaben und bittet das Finanzministerium, bis zur nächsten Sitzung die aktuelle Höhe nicht verbrauchter Personalkostenmittel mitzuteilen.

Frau Schlemminger, Leiterin der Haushaltsabteilung im Finanzministerium, äußert, für die verwaltungstechnischen Abläufe wäre eine Entscheidung des Finanzausschusses in dieser Sitzung hilfreich.

Frau Dr. Schäfer, Präsidentin des Landesrechnungshofs, fragt, wem die Zinsen für das Treuhänderdarlehen in Höhe von 20 Millionen Euro zufließen.

Staatssekretär von der Heide weist noch einmal darauf hin, dass die Verhandlungen mit der Investitionsbank über den Aufgabenübertragungsvertrag noch nicht abgeschlossen seien.

Der Antrag der Abgeordneten Krämer, die Beschlussfassung auf die nächste Sitzung, am 16. November 2023, zu vertagen, wird mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition abgelehnt.

Mit den Stimmen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung von SPD, FDP und SSW erteilt der Finanzausschuss die erbetene Zustimmung.

2. Antrag auf Mittelumsetzung von nicht benötigten Notkreditmitteln innerhalb des Einzelplans 10 und Umsetzung von Haushaltsmitteln aus dem Einzelplan 11 zur Bewältigung des Fluchtgeschehens gemäß § 8 Absatz 20 Haushaltsgesetz 2023

Vorlage des Sozialministeriums
[Umdruck 20/2243](#)

Frau Schiller-Tobies, Staatssekretärin im Sozialministerium, führt in die Vorlage ein. Neben den Liegenschaften in Kiel und Neumünster prüfe man weitere Standorte für die Unterbringung von Flüchtlingen; aktuell werde die Erweiterung der Standorte in Seeth und Bad Segeberg geprüft; in Boostedt werde es keine weitere Verdichtung geben. Alle Maßnahmen würden im Einvernehmen mit den Kommunen umgesetzt.

Abgeordnete Krämer fragt die Landesregierung, warum zur Finanzierung der Maßnahme nicht die Rücklage Unterkünfte für Asylsuchende in Höhe von 34,39 Millionen Euro genutzt werde.
– Frau Schlemminger sagt eine schriftliche Antwort zu.

Abgeordnete Raudies bittet die Landesregierung, am Ende solcher Beschlussvorlagen eine tabellarische Übersicht anzufügen, aus der transparent hervorgehe, wohin die Mittel flössen und woher sie kämen.

Frau Boehnke, Haushaltsbeauftragte des Sozialministeriums, teilt mit, Mittel für die Schwangerschaftskonfliktberatung und die Kostenerstattung für die Gewährung von Jugendhilfe würden in diesem Jahre nicht wie geplant benötigt und sollten umgewidmet und zur Deckung eines anderen Bedarfs genutzt werden. Die Pauschale zur Begleitung minderjähriger Jugendlicher habe nach den Erfahrungen der letzten Jahre abgesenkt werden können.

Einstimmig erteilt der Finanzausschuss die erbetene Zustimmung.

3. Vertrauen und Akzeptanz stärken – Entwicklung des Digitalen Euro konstruktiv begleiten

Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 20/1466](#)

(überwiesen am 11. Oktober 2023 an den **Finanzausschuss**, den Europaausschuss und den Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss)

– Beschlussfassung über den Teilnehmerkreis des für Anfang 2024 geplanten Fachgesprächs –

Der Finanzausschuss vertagt die Beschlussfassung auf die nächste Sitzung.

4. Information/Kennntnisnahme

[Umdruck 20/2235](#) – Bericht über die Strategie der Zinssicherung

Der Bericht soll in einer der nächsten Sitzungen als ordentlicher Tagesordnungspunkt beraten werden.

5. Verschiedenes

a) Nächste Sitzungen:

- 16. November 2023
- 30. November 2023
- 7. Dezember 2023

Die Beratungen im Beteiligungsausschuss über den Konzernabschluss, den Sachstand zur baulichen Sanierung und den Sachstand zum Zukunftspakt des UKSH sollen nach den Haushaltsberatungen im Frühjahr 2024 durchgeführt werden.

b) Frau Dr. Torp, Staatssekretärin im Finanzministerium, teilt auf eine Frage der Abgeordneten Raudies aus der letzten Ausschusssitzung mit, im Fachbereich Besoldung des Dienstleistungszentrums Personal seien 2.609 Anträge auf amtsangemessene Besoldung eingegangen, im Fachbereich Versorgung 410 Anträge.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Harms, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 11:30 Uhr.

Die folgenden Tagesordnungspunkte werden in vertraulicher Sitzung behandelt (siehe vertraulichen Teil der Niederschrift).

6. Information zur Ausbildung von Triebfahrzeugführern im Rahmen der Vergabe Marschbahn

Vertrauliche Vorlage des Verkehrsministeriums

Vertraulicher [Umdruck 20/2234](#)

(nicht öffentlich und vertraulich gemäß Artikel 23 Absatz 3 Satz 3 Landesverfassung in Verbindung mit § 17 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 der Geschäftsordnung)

7. Verkehrsvertrag AKN: Verlängerung und Expresszug

Vertrauliche Vorlage des Verkehrsministeriums

Vertraulicher [Umdruck 20/2237](#)

(nicht öffentlich und vertraulich gemäß Artikel 23 Absatz 3 Satz 3
Landesverfassung in Verbindung mit § 17 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 der Geschäftsordnung)

8. Vergabe von SPNV-Leistungen im Netz OSTA Mecklenburg-Vorpommern/Hamburg/Schleswig-Holstein

Vertrauliche Vorlage des Verkehrsministeriums

Vertraulicher [Umdruck 20/2238](#)

(nicht öffentlich und vertraulich gemäß Artikel 23 Absatz 3 Satz 3 Landesverfassung in Verbindung mit § 17 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 der Geschäftsordnung)

9. Vereinbarung über die Vorhaltung von Fahrzeugen des Typs LINT 41 für den SPNV in Schleswig-Holstein

Vertrauliche Vorlage des Verkehrsministeriums
Vertraulicher [Umdruck 20/2239](#)

(nicht öffentlich und vertraulich gemäß Artikel 23 Absatz 3 Satz 3 Landesverfassung in Verbindung mit § 17 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 der Geschäftsordnung)

Der Vorsitzende, Abgeordneter Harms, schließt die Sitzung um 12:35 Uhr.

gez. Lars Harms
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer